

**Antrag 28/II/2025****FA II - EU-Angelegenheiten****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Bezahlbares Wohnen braucht europäische Antworten!**

1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder in  
 2 der Bundesregierung sowie die S&D-Fraktion im Europäi-  
 3 schen Parlament werden aufgefordert, sich für folgende  
 4 Ziele einzusetzen:

5

6 **Bezahlbares Wohnen braucht europäische Antworten!**  
 7 Wohnen ist ein Grundrecht – kein Spekulationsobjekt. In  
 8 ganz Europa steigen Mieten und Kaufpreise seit Jahren  
 9 rasant. Immer mehr Menschen finden keine bezahlba-  
 10 re Wohnung, werden verdrängt oder leben in unsicheren  
 11 Wohnverhältnissen. Unsere Wohnraumkrise ist eine eu-  
 12 ropäische Krise. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass  
 13 das Europäische Parlament einen Sonderausschuss zur  
 14 Wohnraumkrise eingesetzt hat. Jetzt braucht es klare Lö-  
 15 sungsansätze für die gesamte Europäische Union. Auch  
 16 die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene  
 17 mit Nachdruck für eine soziale Wohnungswende einset-  
 18 zen. Sie soll sich im Rat der EU für die Stärkung kommunal-  
 19 er Handlungsspielräume und die Förderung bezahlbaren  
 20 Wohnraums einsetzen.

21

22 **Wir fordern:**

23 **1. Wohnen zu einem europäischen Schwerpunkt machen.**  
 24 Die EU muss bezahlbaren Wohnraum als soziale Aufgabe  
 25 begreifen – nicht als Nebensache. Das Menschenrecht auf  
 26 Wohnen gehört deshalb ins Zentrum der europäischen Po-  
 27 litik.

28

29 **2. Städte und soziale Wohnungsakteure stärken.** Kom-  
 30 munen, Genossenschaften und soziale Träger brauchen  
 31 mehr Spielraum – auch im EU-Beihilferecht. Wir brauchen  
 32 eine einheitliche Definition von sozialem Wohnraum im  
 33 EU-Recht. Öffentliche Investitionen in den sozialen Woh-  
 34 nungsbau dürfen nicht ausgebremst werden.

35 **3. EU-Fördermittel gezielt für sozialen Wohnraum nutzen.**  
 36 Programme wie InvestEU oder die Struktur- und Kohäsions-  
 37 fonds müssen einfacher und sozial gerechter gestaltet  
 38 werden. Wir fordern, die Förderprogramme bei den Ver-  
 39 handlungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen  
 40 zielgerichtet auf Wohnprogramme auszugestalten und  
 41 den Zugang zu vereinfachen.

42 **4. Energieeffizienz darf nicht zur Verdrängung füh-  
 43 ren.** Energetische Sanierungen dürfen nicht zur Verdrän-  
 44 gung von Mieter\*innen führen. Die Umsetzung der EU-  
 45 Gebäudefrichtlinie braucht soziale Leitplanken – damit Kli-  
 46 maschutz und Mieterschutz zusammengehen. Sozial ge-  
 47 staffelte Förderprogramme z. B. der KfW sollen fortge-

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung sowie die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament werden aufgefordert, sich für folgende Ziele einzusetzen:

**Bezahlbares Wohnen braucht europäische Antworten!**

Wohnen ist ein Grundrecht – kein Spekulationsobjekt. In ganz Europa steigen Mieten und Kaufpreise seit Jahren rasant. Immer mehr Menschen finden keine bezahlbare Wohnung, werden verdrängt oder leben in unsicheren Wohnverhältnissen. Unsere Wohnraumkrise ist eine europäische Krise. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass das Europäische Parlament einen Sonderausschuss zur Wohnraumkrise eingesetzt hat. Jetzt braucht es klare Lösungsansätze für die gesamte Europäische Union. Auch die Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene mit Nachdruck für eine soziale Wohnungswende einsetzen. Sie soll sich im Rat der EU für die Stärkung kommunaler Handlungsspielräume und die Förderung bezahlbaren Wohnraums einsetzen.

**Wir fordern:**

**1. Wohnen zu einem europäischen Schwerpunkt machen.**  
 Die EU muss bezahlbaren Wohnraum als soziale Aufgabe begreifen – nicht als Nebensache. Das Menschenrecht auf Wohnen gehört deshalb ins Zentrum der europäischen Politik.

**2. Städte und soziale Wohnungsakteure stärken.** Kommunen, Genossenschaften und soziale Träger brauchen mehr Spielraum – auch im EU-Beihilferecht. Wir brauchen eine einheitliche Definition von sozialem Wohnraum im EU-Recht. Öffentliche Investitionen, **vergünstigte Grundstücksverkäufe, Kapitalzuführung oder andere Maßnahmen zur Unterstützung und Beschleunigung des öffentlichen Wohnungsbaus müssen erleichtert werden und der Rahmen für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus muss vereinfacht und versert werden.**

**3. EU-Fördermittel gezielt für sozialen Wohnraum nutzen.**  
 Programme wie InvestEU oder die Struktur- und Kohäsionsfonds müssen einfacher und sozial gerechter gestaltet werden. Wir fordern, die Förderprogramme bei den Verhandlungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen zielgerichtet auf Wohnprogramme auszugestalten und den Zugang zu vereinfachen.

48 führt werden können.  
49  
50  
51  
52  
53  
54

**4. Energieeffizienz darf nicht zur Verdrängung führen.** Energetische Sanierungen dürfen nicht zur Verdrängung von Mieter\*innen führen. Die Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie braucht soziale Leitplanken – damit Klimaschutz und Mieterschutz zusammengehen. Sozial ge-staffelte Förderprogramme z. B. der KfW sollen fortge-führt werden können.